

## Deutsch-französischer Zukunftsdialog 2011

### Nach Fukushima: die Kernenergie-debatte zwischen Partei- und Europapolitik

von Sophie Gallet und Johanna Kick

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 markierten die Unfälle in den Reaktorblöcken von Fukushima am 11. März 2011 auf erschreckende Weise den Beginn einer neuen Phase in der Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie. Sie beeinflussten grundlegend die energiepolitischen Positionen der Parteien in beiden Ländern: In Deutschland revidierte die CDU ihren bisherigen energiepolitischen Kurs und der Bundestag beschloss den Ausstieg aus einer Technologie, an welcher der Nachbar Frankreich weiterhin festhält und sich von der Entscheidung seines Partnerlandes überrascht zeigt.

Auf europäischer Ebene unterstreicht der deutsche Ausstiegsbeschluss angesichts einer zunehmenden Verflechtung der nationalen Strommärkte die Abwesenheit einer energiepolitischen Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten. So stellt sich einmal mehr die Frage nach einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommt in diesem Kontext nicht nur auf der „großen“ europäischen Bühne eine bedeutende Rolle zu. Die beiden im europäischen Energiesektor wichtigsten Länder können ihre Stärken auch bei gemeinsamen regionalen Initiativen in den Dienst der europäischen Idee stellen.

#### Fukushima und die politischen Parteien in Deutschland

Der im Rahmen der 13. Atomgesetznovelle beschlossene Kernenergieausstieg fiel mitten in das Superwahljahr 2011 mit Landtagswahlen in sieben Bundesländern. Der rot-grüne Wahlsieg und der erste grüne Ministerpräsident in Baden-Württemberg, wo die CDU 58 Jahre lang eine klare Mehrheit innehatte, gehören zweifellos zu den auffälligsten politischen Ereignissen dieser ersten Zeit nach Fukushima. Der Ausstiegsbeschluss wurde gefasst, nachdem der Bundestag im Jahr 2000 unter der damaligen rot-grünen Regierung schon einmal den sukzessiven Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen hatte und dieser auf Initiative der Bundeskanzlerin erst im Oktober 2010 durch die Laufzeitverlängerung revidiert worden war. Mit dem erneuten Ausstiegsbeschluss brach die Kanzlerin mit der bisherigen schwarz-gelben Politik und einer traditionellen energiepolitischen Haltung der CDU.

Nach der Debatte um die Laufzeitverlängerung gaben die Ereignisse in Fukushima den Grünen einen deutlichen Aufwind. Seit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2011 ist die Partei erstmals in ihrer Geschichte in allen Landesparlamenten vertreten. Darüber hinaus ist die endgültige Aufgabe der Kernenergie – selbst wenn die Grünen einen noch schnelleren Ausstieg befürworten – eine Kernforderung grüner Politik. Inzwischen mehren sich jedoch die Zeichen dafür, dass die Erfolgskurve der Partei (zumindest vorübergehend) ihren Höhepunkt überschritten hat. Zur Realität geworden ist jedoch das Bild einer Partei der Mitte.

Während der Einfluss von Fukushima in erster Linie bei CDU und Grünen sichtbar ist, wirkte sich der Unfall nur in geringerem Maße auf das Programm der SPD aus. Nachdem das Godesberger Programm in den späten 1950er Jahren der Kernenergie noch einen besonderen Stellenwert eingeräumt hatte, sprach sich die Partei nach der Katastrophe von Tschernobyl für einen Ausstieg aus. Die Unfälle in Japan haben damit die energiepolitische Ausrichtung der Partei gewissermaßen bestätigt.

Die Debatte in Deutschland ist jedoch mit dem Ausstiegsbeschluss nicht beendet. Die Suche nach einem Endlager sowie die Herausforderungen der Energiewende bleiben zentrale politische und gesellschaftliche Themen in der Bundesrepublik.

## **Fukushima und der deutsche Ausstiegsbeschluss: die französischen Parteien vor der Präsidentschaftswahl**

Unmittelbar nach Ankündigung des deutschen Ausstiegsbeschlusses prophezeiten einige französische Leitartikler, dass diese Entscheidung die Ausgangssituation des französischen Präsidentschaftswahlkampfes 2012 grundlegend verändern würde. Unbestritten ist zumindest, dass die Kernenergiefrage zu Kontroversen innerhalb des französischen politischen Systems führte. Bis Mai 2011 galt in Frankreich ein überparteilicher Konsens zugunsten der Kernenergie, der gleichermaßen Basis der französischen Energiepolitik ist. Mit Ausnahme von Eva Joly, Kandidatin von Europe Écologie-Les Verts (Die Grünen), und Jean Luc Mélenchon, Kandidat der Linkspartei Front de Gauche, forderte keiner der Kandidaten den Ausstieg Frankreichs aus der Kernenergie; allenfalls gab es Überlegungen zu einem Referendum oder einer Neustrukturierung des Energiemix. Nach den Ereignissen von Fukushima jedoch sprach sich auch der Parti socialiste (PS) für eine Reduzierung der Kernenergie aus und gab damit seine uneingeschränkte Unterstützung der Atomenergie auf. Statt für einen Ausstieg plädiert der PS jedoch lediglich dafür, den Kernenergieanteil am produzierten Strom insgesamt zu reduzieren, und legt besonderen Wert auf die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Kraftwerke, einschließlich jener der neuen Generation (Flamanville). Die Kernbrennstoff-Industrie soll zugleich zu einer Exzellenz-Industrie für Aufbereitung und Stilllegung weiterentwickelt werden. Mit diesem Kompromiss versuchte die Partei im Vorfeld der Präsidentschaftswahl, die

Unterstützung der Grünen einerseits, die das Ziel eines definitiven Ausstiegs aus der Kernenergie verfolgen, und der Kommunistischen Partei andererseits, die für die Verstaatlichung und einen besseren Schutz der Kernenergie eintritt, zu gewinnen.

Überraschend erklärte auch der Front National unter Führung von Marine Le Pen im Juni 2011 den Kernenergieausstieg als anzustrebendes Ziel, das Gegenstand eines Referendums sein müsse, und revidierte damit seine traditionelle Pro-Atom-Haltung. Die liberale und konservative Rechte ihrerseits befürwortet weiterhin die Kernenergie. In Reaktion auf die Unfälle in Fukushima beauftragte jedoch der amtierende Staatspräsident Nicolas Sarkozy seinen Industrieminister mit der Bildung einer Kommission – der so genannten Energie-Kommission 2050 –, die das Szenario einer Reduzierung des Kernenergieanteils um 50 Prozent bis 2025 und eines entsprechenden Ausbaus der Stromerzeugung aus Sonnenenergie und Wasserkraft erarbeiten sollte. Das zur politischen Mitte zählende Mouvement démocrate (Modem) bleibt bei seiner Position und befürwortet die Kernenergie sowie offiziell mehr Transparenz in dem Industriezweig; gleichwohl scheint die Partei von divergierenden Strömungen durchzogen zu sein. Die Kernenergie und die Positionierung der Parteien zur Atomfrage sind wichtige Themen, wenn es um mögliche Koalitionen geht. Insbesondere im Rahmen der Wahlabsprache zwischen PS und Grünen war das Thema Kernenergie von Bedeutung.

Jüngere Meinungsumfragen spiegeln eine tendenziell wachsende Zustimmung der Franzosen zu einem Kernenergieausstieg wider: Mal sind es 70 Prozent<sup>1</sup>, mal 62 Prozent<sup>2</sup> oder auch nur 42 Prozent<sup>3</sup> der Franzosen, die einen Ausstieg befürworten. Die große Bandbreite der Ergebnisse zeugt davon, dass keine mit Deutschland vergleichbare eindeutige Position der Franzosen zur Kernenergie deutlich wird. Neben der gesellschaftlichen Diskussion darf auch die wirtschaftliche Bedeutung der Kernenergie nicht außer Acht gelassen werden. So soll es im November 2011 während der Gespräche zwischen PS und Grünen in Vorbereitung der Wahlabsprache eine direkte Kontaktaufnahme des Areva-Konzerns mit den Sozialisten gegeben haben. Tatsächlich lässt die Wahlabsprache die Thematik der Weiterentwicklung des EPR (Europäischer Druckwasserreaktor) komplett außen vor. Darüber hinaus könnten die Positionen der Parteien in Bezug auf die Kernenergie den bis heute niedrigen Strompreis für die Franzosen unmittelbar beeinflussen. Gleiches gilt für den Arbeitsmarkt. Angaben der Unternehmensberatung PwC zufolge hat die Branche 125.000 direkte und 400.000 indirekte Beschäftigte und ist ein politisches und wirtschaftliches Schwergewicht in Frankreich, für das die

---

<sup>1</sup> Vgl. „Les Français et le nucléaire“, repräsentative Umfrage im Auftrag von Europe Écologie-Les Verts, durchgeführt vom 15. bis 17. März 2011 (Meinungsforschungsinstitut: IFOP).

<sup>2</sup> Vgl. Repräsentative Umfrage im Auftrag des Journal du Dimanche, durchgeführt vom 1. bis 3. Juni 2011 (Meinungsforschungsinstitut: IFOP).

<sup>3</sup> Vgl. Repräsentative Umfrage im Auftrag der EDF, durchgeführt vom 15. bis 16. März 2011 (Meinungsforschungsinstitut: TNS Sofres).

beiden größten französischen Parteien sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene einstehen und das sie auch künftig verteidigen werden.

## **Zwischen europäischer Politik und überregionalen Aktivitäten: deutsch-französische Kooperation**

Eine unmittelbare Folge des deutschen Atomausstiegs und des Abschaltens von acht deutschen Kernkraftwerken stellt der signifikante Anstieg des Stromimports aus Frankreich dar. Der Ausstiegsbeschluss ist jedoch nicht nur eine Herausforderung für Deutschland und seine unmittelbaren Nachbarn, sondern auch für alle europäischen Partner. Dies betonte der damalige französische Industrie- und Energieminister Eric Besson, als er in Reaktion auf die deutsche Entscheidung im Juni 2011 twitterte: „Deutschland ist souverän. Aber die Konsequenzen seiner Entscheidung sind europäisch. Ich bitte um eine Abstimmung in Brüssel“.

Doch steckt die europäische Energiepolitik nach wie vor in den Kinderschuhen. Der Vertrag von Lissabon regelt eine gemeinsame Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten in diesem Politikfeld. Er enthält ein spezielles Kapitel über Energie, in dem die wichtigsten Zuständigkeiten und die Hauptziele der Energiepolitik festgelegt sind: das Funktionieren der Märkte, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz und -einsparungen, die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energieträger und die Verknüpfung von Energieverbänden. Jeder Mitgliedstaat entscheidet jedoch über seinen Energiemix und die Besteuerung und damit auch über die Kernenergie. Etwa ein Drittel der in der EU verbrauchten Elektrizität und 15 Prozent des Energieverbrauchs stammen derzeit aus dieser Energiequelle.

Immer wieder werden so die Grenzen des europäischen Rahmens, innerhalb dessen sich die gemeinsame Energiepolitik bewegt, offensichtlich. Dieser Zustand bewog den ehemaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors dazu, die Schaffung einer Europäischen Energiegemeinschaft anzuregen. Der Gedanke wurde von seinem Think Tank „Notre Europe“ weiterentwickelt und vom damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek unterstützt. Das Projekt sieht eine gemeinsame Politik mit ausschließlicher Zuständigkeit der europäischen Institutionen, einen gemeinsamen Markt, unterstützt durch verstärkte Zusammenarbeit bei intelligenten Versorgungsnetzen, die Schaffung eines Energie-Forschungsfonds und gemeinschaftlichen Einkauf etwa von Erdgas vor. Diese deutlich kommunitaristische Europäische Energiegemeinschaft wird beispielsweise von den deutschen Grünen aufgegriffen und weiterentwickelt. Stärker dem Souveränitätsideal verpflichtete Parteien wenden sich gegen derartige Ideen und halten die bestehenden Regelungen, insbesondere die verschiedenen Energiepakete, die Grundfreiheiten sowie die spezifischen Vorschriften im Bereich Energie für ausreichend.

Auch der deutsche Energiekommissar Oettinger befürwortet eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und tritt für eine Europäisierung der Energiepolitik ein. In seiner im Dezember 2011 vorgestellten Energie-Roadmap 2050 wird diese auch zukünftig als ein wichtiger Faktor zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung bewertet. Auch den Kostengesichtspunkt sieht die Kommission in diesem Zusammenhang als entscheidenden Faktor und stimmt der französischen Position hierin vollkommen zu.

Mit Blick auf das deutsch-französische Paar muss die Divergenz in Bezug auf die Kernenergie als Tatsache betrachtet werden. Dies kann und darf jedoch nicht bedeuten, dass Frankreich und Deutschland – gleichermaßen die größten Stromproduzenten wie -verbraucher in Europa – in der Energiepolitik keine gemeinsamen Initiativen entwickeln. Obgleich mit dem deutschen Ausstiegsbeschluss der Gedanke der Komplementarität möglicherweise näher liegt als der der Konvergenz, ist es in jedem Fall unerlässlich, dass beide Länder eine treibende Rolle in der europäischen Energiepolitik spielen und den großen Herausforderungen mit einer abgestimmten Politik begegnen.

Die Überlegungen von Minister Rösler und seinem damaligen französischen Amtskollegen Besson anlässlich des informellen EU-Energieministertreffens im Herbst 2011 unterstreichen eine grundsätzliche Bereitschaft beider Länder zur Kooperation. Bei dem Treffen in Breslau haben beide die Einrichtung einer europäischen „electricity coordination group“ angeregt, in der Netzbetreiber, Vertreter der Regulierungsbehörden und der einzelnen Mitgliedstaaten zusammen kommen. Im Bereich der Erneuerbaren Energien sind Initiativen wie die Koordinierungsstelle Erneuerbare Energien, hervorgegangen aus dem 2006 auf Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Ministère délégué à l'Industrie gegründeten Windenergievereins, viel versprechend. Um den europäischen Strombinnenmarkt weiter voranzubringen, müssen Deutschland und Frankreich neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch den Ausbau ihrer Netzkuppelstellen weiter vorantreiben. Während gewisse Bereiche der Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher, wenn nicht gar europäischer Ebene umgesetzt werden müssen, stellen speziell die Grenzregionen ein ideales Umfeld zur Entwicklung und Umsetzung von überregionalen Pilotprojekten dar.

Ein Beispiel hierfür ist die trinationale deutsch-französisch-schweizerische Zusammenarbeit am Oberrhein, bei der sich verschiedene Akteure für gemeinsame politische Ziele engagieren. In einer Region mit rund 3,8 Mio. Einwohnern bildet die Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz den institutionellen Rahmen u. a. für Ansätze einer gemeinsamen Klima- und Energiepolitik in der Großregion. Hierzu wurden drei Prioritäten definiert: Energie sparen, Energie effizient umwandeln, Erneuerbare Energien einsetzen. Die Zusammenarbeit begann mit dem Kennenlernen der jeweiligen Praktiken, der Identifizierung von geeigneten

Maßnahmen und schließlich der gemeinsamen Umsetzung. Die Oberrheinkonferenz setzt sich für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft in der Oberrheinregion ein. Dazu hat sie Netzwerke wie das Energie-Netzwerk TRION gegründet, dessen Rolle es ist, Akteure aus den Bereichen Energie und Klimaschutz grenzüberschreitend zu vernetzen, sie gemeinsam zu schulen, u. a. im Bereich Energieeffizienz von Gebäuden, neue effiziente und nachhaltige Technologien zu fördern und schließlich die Öffentlichkeit über gemeinsame Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zu informieren.

Die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppen „Energie“ und „Elektromobilität“ anlässlich des 12. Deutsch-Französischen Ministerrats gaben den Ausschlag für ein weiteres grenzüberschreitendes Projekt. Der deutsch-französische Flottenversuch mit Elektrofahrzeugen im Großraum Stuttgart-Mannheim-Karlsruhe-Straßburg ist das weltweit erste Projekt seiner Art und soll den Weg für eine sichere, nutzerfreundliche und verlässliche grenzüberschreitende Elektromobilität bereiten. Deutschland und Frankreich arbeiten in diesem Zusammenhang an einer Standardisierung mit Blick auf europäische Fahrzeugnormen und die entsprechende Infrastruktur.

Die erwähnten Beispiele zeigen, dass Frankreich und Deutschland trotz ihrer unterschiedlichen Position in der Kernenergiefrage parallele Interessen und zahlreiche Möglichkeiten der Kooperation haben. Politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Faktoren führen beide Länder zu einer Komplementarität mit echtem Mehrwert für beide Seiten. Ob beim Rückbau der Kernkraftwerke, dem Ausbau intelligenter Netze oder dem Zubau von Erzeugungskapazitäten bei den Erneuerbaren Energien – Deutschland und Frankreich sollten den Herausforderungen aktiv begegnen. Von Initiative zu Initiative investieren sie so in eine umweltverträgliche Energieversorgung von morgen.

*Sophie Gallet ist Rechtsanwältin in der Kanzlei MCS Avocats in Straßburg, Johanna Kick arbeitet als Referentin bei der EnBW Energie Baden-Württemberg AG in Karlsruhe. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorinnen wieder. Er ist im Rahmen des Projekts „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ entstanden, das von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung gemeinsam organisiert wird.*